danach rechnen die Planer der GIZ mit Mehrkosten von knapp fünf Millionen Euro für zivile Flugtickets, medizinische Leistungen, sichere Unterbringungen für die Mitarbeiter in sogenannten Safe Houses und gepanzerte Fahrzeuge für Überlandfahrten.

In einer Analyse für das Entwicklungsministerium von Dirk Niebel (FDP) machten die Sicherheitsexperten der GIZ deutlich, wie sehr die Entwicklungshelfer auf Soldaten angewiesen sind. Wolle man die vielen deutschen Projekte weiter betreiben, so das Risk Management Office der Entwicklungsgesellschaft, müsse dringend „weiterhin auf die Unterstützung der Bundeswehr“ oder anderer Kampfeinheiten „zurückgegriffen werden“. In dem Papier wird sogar eine schriftliche Garantie für solche Nothilfe in einem neuen Afghanistan-Mandat angemahnt.

Eine Garantie für eine schnelle Evakuierung aus der Luft müsse genauso gewährleistet sein wie eine „bewaffnete Rückführung unter Feuer“, die nur durch „robuste Bodenstreitkräfte“ erreicht werden könne.

Im Fall von Entführungen seien „Spezialfähigkeiten“ zwingend erforderlich, gemeint ist die Elitetruppe Kommando Spezialkräfte. Das klingt allerdings gar nicht nach dem bisher von der Bundesregierung geplanten Szenario einer reinen Ausbildungsmission für die weiterhin stationierten Soldaten.

Bekommt die GIZ nicht die nötigen Garantien, sieht es für die meisten Projekte düster aus. Ohne die Zusagen, so die Analyse der Sicherheitsabteilung, müsse man eine „geringere Operationsfähigkeit“ der Hilfsprojekte akzeptieren, da man eigentlich nur noch in Masar-i-Scharif aktiv sein könnte.

Der afghanische Präsident Karzai selbst hat mittlerweile seine ganz eigene Form der Diplomatie gegenüber dem ungeliebten Partner in Washington gefunden. US-amerikanische Regierungsbeamte staunten nicht schlecht, als sie kürzlich mit einer Zahlungsaufforderung aus dem Finanzministerium in Kabul konfrontiert wurden.

Für jeden aus dem Land zu schaffenden Abzugscontainer mit militärischem Gerät sollen die USA nun, so die Forderung der afghanischen Seite, 1000 Dollar Strafe zahlen, sofern die Papiere nicht ordnungsgemäß ausgefüllt sind. Die Kosten könnten sich auf bis zu 70 Millionen Dollar summieren.

Um der Forderung Nachdruck zu verleihen, wählte Karzai den Weg der Erpressung: Er wies seine Zöllner an der Grenze zu Pakistan an, die Übergänge für amerikanische Transporte im Juli für sechs Tage geschlossen zu halten.

Ralf Beste, Matthias Gebauer, Gordon Repinski, Christoph Schult

HC PLAMBECK / LAIF

Politiker de Maizière, Guttenberg 2011*: *Selbstinszenierung mit großer Vehemenz*

KARRIEREN

Ausgedient

Verteidigungsminister Thomas de Maizière hat nicht nur die Öffentlichkeit mehrfach getäuscht. Er hat auch sein Image des preußischen Staatsdieners zerstört.

Ein hoher moralischer Anspruch ist in der Politik eine gefährliche Sache. Wer als besonders prinzipienfest, unbestechlich und hart gegen sich selbst gilt, hat die Wähler auf seiner Seite. Umgekehrt reagieren die Leute empfindlich, wenn der Anspruch durch die Wirklichkeit widerlegt wird. Was man einem Filou durchgehen lässt, kann bei einem Vorbild schnell die Karriere ruinieren.

Karl-Theodor zu Guttenberg wollte die deutsche Politik neu erfinden. Klarheit und Wahrheit waren seine Devise: Der CSU-Minister verweigerte Subventionen für die siechen Opel-Werke und entlarvte die Wehrpflicht als Folklore. Als herauskam, dass ausgerechnet der Musterminister bei seiner Doktorarbeit abgeschrieben hatte, war er geliefert. Er verließ das Land und ist bis heute nicht zurückgekehrt.

Jetzt hat es Thomas de Maizière erwischt. Auch der neue Verteidigungsminister betrieb seine Selbstinszenierung mit großer Vehemenz. Er posierte als erster Diener seines Staates, als eine Art Wiedergeburt des Philosophenkönigs Friedrich II. De Maizière brachte preußische Ordnung in den Laden und sagte Sätze wie: „Im Dienst versuche ich immer, diszipliniert zu sein.“

Selbstlosigkeit, Härte, Pflichterfüllung – so wollte de Maizière Deutschland dienen, so empfahl er sich für Höheres. In der postheroischen Bundesrepublik war nicht mehr der schneidige Guttenberg, sondern sein korrekter Nachfolger der ideale Reservekanzler.

Diesen Mittwoch muss de Maizière dem Untersuchungsausschuss im Europasaal des Berliner Paul-Löbe-Hauses Rede

* Nach Übergabe der Entlassungs- und Ernennungsurkunden zum Verteidigungsminister am 3. März in Schloss Bellevue.

und Antwort stehen. Der Minister hat bei der Entwicklung der Aufklärungsdrohne „Euro Hawk“ Fehler gemacht, die den Steuerzahler Hunderte Millionen Euro kosten. Er hat sein Ministerium in einer heiklen Rüstungsangelegenheit falsch geführt und dazu Erklärungen abgegeben, die so nicht stimmen können.

Seinen Posten wird er möglicherweise retten können. Die Kanzlerin muss im Herbst ihr Amt verteidigen, da wird sie so lange wie möglich an dem ihr treuen Minister festhalten. Das Bild vom aufrechten Profi aber hat sich in rasender Geschwindigkeit aufgelöst, tatsächlich steht de Maizière als ziemlich selbstsüchtig da.

Bei einem Besuch in der Redaktion der „Stuttgarter Zeitung“ sagte der 59-Jährige vorige Woche, er trete nicht zurück, weil er es leid sei, ständig die Jobs zu wechseln: „Ich habe so viel gesät, jetzt möchte ich mal ernten.“ War das nicht der Mann, der eben noch gesagt hatte, Rücktritte sollten „geradeaus“ gemacht werden, „ohne wehleidig zu sein“? Nun dient nicht mehr der Minister dem Amt, sondern das Amt dem Minister.

Wie ein paar Wochen unter Druck einen Menschen doch verändern können. „Verantwortung heißt Antworten geben und sich vor seine Mitarbeiter stellen“, hatte der Minister vor zwei Jahren erklärt, daher solle man „auf andere zugehen und im Ringen um beste Lösungen Eigeninteressen hintanstellen“.

Doch als es heikel wurde, beklagte der Chef sich über seine Mitarbeiter. Die „Entscheidungsfindung“ in seinem Haus sei „nicht in Ordnung“. Das war klein und gemein, es erinnerte an Joschka Fischers Satz in der Visa-Affäre 2005: „Für mögliche Fehler meiner Mitarbeiter übernehme ich die Verantwortung.“

Dabei war es doch de Maizière selbst, der die Fehler machte, weil er sein Haus falsch führte und sich als erstaunlich unpolitisch erwies, als es darauf angekommen wäre, politisch zu denken. Auf die Frage, warum er erst so spät eingegriffen habe, gab de Maizière zur Antwort, ein Ministerium werde nicht per Flurfunk geführt. Er habe gewartet, bis eine schriftliche Vorlage des Hauses seinen Schreibtisch erreiche. So redet vielleicht der Hausjurist – aber der Polit-Profi, der weiß, wie Regieren funktioniert?

Im Untersuchungsausschuss belehrten ein Ex-Minister und ein ehemaliger Generalinspekteur den Amtsinhaber, dass man ein politisch heikles Amt eben nicht nur auf dem Dienstweg führen könne, sondern wichtige Themen an sich ziehen müsse. Die Ministerialrätin Angelika Bauch vom Bundesrechnungshof erkannte sogar eine Pflichtverletzung.

Da der „Euro Hawk“ als „politisch bedeutsames Projekt“ in der ministerialen „Kategorie 1“ eingestuft gewesen sei, hätte es eine „Holschuld“ des Ministers gegeben, „sich in regelmäßigen Abständen über dieses Projekt berichten“ zu lassen.

Dass das „Euro Hawk“-Desaster nicht früher bekannt wurde, hat auch mit Organisationsfehlern zu tun, die de Maizière zu verantworten hat. Als er im März 2011 Verteidigungsminister wurde, lagen auf seinem Schreibtisch die Vorschläge der Reform-Kommission für die Bundeswehr, geleitet vom Chef der Bundesagentur für Arbeit, Frank-Jürgen Weise. Dieser schlug vor, das Controlling der heiklen Rüstungsvorhaben zentral in der Führung des Hauses zu verankern.

Doch die Vorschläge, die sein Vorgänger Guttenberg erbeten hatte, stießen beim neuen Mann an der Spitze auf Desinteresse. Der Verwaltungsprofi de Maizière hat in seinem angeblichen Kerngeschäft versagt.

Dass de Maizière eine sehr eigenwillige Auffassung davon hat, was eine Information ist, das ist im Prinzip nichts Neues. An mehreren Beispielen wurde dem CDU-Minister in der Vergangenheit nachgewiesen, dass seine Behauptung nicht stimmen kann, er habe erst am 13. Mai dieses Jahres vom Ausmaß des „Euro Hawk“-Debakels erfahren.

Im Dezember 2012 besuchte der Minister den „Euro Hawk“-Hersteller Cassidian. Seine Beamten gaben ihm zur Vorbereitung für das Gespräch mit dem Cassidian-Chef eine Mappe mit, in der sie alle Fakten über den „Euro Hawk“ zusammengetragen hatten. „Aufgrund der Zulassungsproblematik und weiterer Unsicherheiten“, steht da, sei „derzeit keine Grundlage gegeben, um eine Entscheidung für eine Serienbeauftragung zu befürworten oder gar zu treffen“. De Maizière war also schon im vergangenen Jahr detailreich über das nahende Ende der Aufklärungsdrohne informiert.

Am Mittwoch vergangener Woche ist nun eine weitere Lüge offenkundig geworden: Anfang Juni hatte de Maizière gesagt, die „Leitung“ seines Ministeriums sei „erstmals“ am 8. Februar 2012 über das Ausmaß der Probleme informiert worden. Auch das kann nicht stimmen.

Auf der letztwöchigen Sitzung des Untersuchungsausschusses kramte der SPD-Abgeordnete Hans-Peter Bartels ein Schreiben hervor, das Rüstungsabteilungsleiter Detlef Selhausen bereits am 19. Januar 2012 als Mail an das Büro von Staatssekretär Stéphane Beemelmans geschickt hatte; darin warnte er vor einer „dramatischen Kostenexplosion“. Die Nachricht über die Probleme war also drei Wochen früher in der Leitungsebene angekommen als von de Maizière angegeben. Der eigentliche Adressat der Warnung war sogar der Minister selbst, denn der traf sich am selben Tag mit dem Cassidian-Chef, mal wieder. Der Termin mit der Rüstungsfirma firmiert in der Betreffzeile der Mail.

Nun könnte man einwenden, was sind schon drei Wochen? Aber man erkennt ein Muster: Was im Einzelfall noch als Irrtum gelten kann, erweist sich bei Wiederholung als Absicht. Auf das Datum 8. Februar hatte sich de Maizière auf Druck festgelegt. Der SPIEGEL hatte von diesem Tag einen Vermerk öffentlich gemacht, der die Mehrkosten auf bis zu 600 Millionen Euro bezifferte. Nur der Minister behauptete tapfer weiter, seine engsten Mitarbeiter hätten ihm die brisante Information vorenthalten. Das ist das Problem mit de Maizières Falschaussagen, ob man sie nun Lüge, Unwahrheit oder Täuschung nennt: Man kann ihm nicht mehr glauben, weil er nur das zugibt, was ohnehin offensichtlich ist.

Der Radprofi Erik Zabel hatte vor ein paar Jahren zugegeben, im Jahr 1996 einmal gedopt zu haben. Dann habe er aufgehört damit, er habe das Mittel nicht vertragen. Zu dem Zeitpunkt war die Missetat bereits verjährt, aber egal. Neben den anderen vollgepumpten Athleten blieb Zabel irgendwie ein Guter.

Vorige Woche stellte sich heraus, dass Zabel auch später gedopt hat. Sein Bekenntnis war in Wahrheit ein cooler PR-Trick, um sich zu rehabilitieren.

De Maizière ist jetzt ein bisschen wie Erik Zabel. Ausgerechnet er.

Ralf Beste, Gordon Repinski

Zeit(ver)schiebung?

Wer wann über die Zulassungsprobleme beim „Euro Hawk“ Bescheid wusste

laut Verteidigungsminister de Maizière

laut aufgetauchter Informationen

19. Januar 2012
Der Leiter der Rüstungsabteilung, Detlef Selhausen, warnt in einer E-Mail an das Büro von Staatssekretär Beemelmans vor einer „dramatischen Kostenexplosion“.

8. Februar
Die Leitung des Verteidigungsministeriums wird erstmals informiert.

27. Februar 2012
Ein Sachstandsbericht informiert über die Probleme. Beemelmans schreibt, der Minister habe die Vorbereitung gelobt.

1. März 2012
De Maizière wird erstmals informiert.

10. Dezember 2012
De Maizière besucht die EADS-Tochter Cassidian; dazu bekommt er eine Infomappe, die auf das „hohe finanzielle und (...) technische Risiko“ hinweist.

16. Januar 2013
Selhausen schreibt auf eine Vorlage, der Minister erwarte „zum 31. März eine Entscheidungsvorlage mit klarer Aussage zur Zulassungsfähigkeit“.

8. Mai 2013
De Maizière sagt dem „Donaukurier“, der „Euro Hawk“ werde wahrscheinlich nicht angeschafft.

13. Mai 2013 De Maizière erfährt von der Unlösbarkeit der Probleme und billigt die Entscheidung seiner Staatssekretäre, das Projekt zu stoppen.

DER SPIEGEL